

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, würdigt die Verdienste des israelischen Außenministers Shimon Peres: Er hat die Politik Israels mitgeprägt.
Seite 1

Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB bewertet die Folgen der Entscheidung König Husseins für die Politik Israels: Der Schlüssel zu Verhandlungen liegt in Israel.
Seite 3

Jan Oostergatelo MdB warnt von unzureichenden Reaktionen auf den Hormon-Kälber-Skandal: Nicht allein die Symptome behandeln.
Seite 4

Peter Conradi MdB kommentiert die „Beförderungschancen“ bei der Bundeswehr: Der neue Stau.
Seite 5

Prof. Dr. Eckhart Pick MdB macht sich angemessene Gedanken über eine angemessene (?) Strafe: Justitia in eigener Sache.
Seite 6

43. Jahrgang / 154

15. August 1988

Er hat die Politik Israels mitgeprägt

Shimon Peres zum 65. Geburtstag

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Der israelische Außenminister Shimon Peres wird heute 65 Jahre alt. Zwei Drittel seines Lebens hat er die politische Landschaft des Staates Israel mitgestaltet. Als Mitstreiter und enger Vertrauter des legendären Ben Gurion wurde er schon als Fünfundzwanzigjähriger gleich nach der Staatsgründung an die Spitze der Marineabteilung des Verteidigungsministeriums berufen, dem er bis Mitte der 60er Jahre in verschiedenen Funktionen angehörte. Peres war aber nicht nur ein brillanter Organisator im militärischen Bereich, sondern schon früh ein Vordenker in der israelischen Außenpolitik. Der Sozialdemokrat prägte auch die Geschichte der Arbeiterpartei mit, deren Vorsitzender er 1977 wurde.

Als Oppositionsführer förderte Peres die Friedensbemühungen im Camp David-Prozeß, dem er wichtige Impulse verlieh. Seine Politik entsprach der später geprägten Formel „Frieden gegen Territorien“. Es ist auch kein Geheimnis, daß Peres unmittelbare Gespräche mit arabischen Politikern führte; vor allem den Kontakt mit Ägypten förderte er auch in schwierigen Zeiten. Seine konstruktiven Friedensideen wurden durch seine Ablösung als Ministerpräsident in der Koalitionsregierung unterbrochen. Daß die vereinbarte Rotation mit Shamir eingehalten wurde, wie es den Koalitionsabsprachen entsprach, war aber aus Glaubwürdigkeitsgründen nötig.

Aber auch als Außenminister der Koalitionsregierung hat Peres sich weiterhin um Gespräche mit seinen arabischen Nachbarn bemüht. Dazu gehörte seine spektakuläre Reise zu König Hassan II. nach Marokko, mit der er die festgefahrene Diplomatie wieder in Gang zu bringen versuchte. Gerade jetzt, nach den Auseinandersetzungen mit jugendlichen Palästinensern in der Zeit vor der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kundlicher Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Wahl zur Knesset, bedarf es einigen Mutes, sich vor der israelischen Öffentlichkeit auf diese Bevölkerungsgruppe hin zu orientieren und die Hand zur Verhandlung auszustrecken. Shimon Peres steuert dabei einen risikoreichen politischen Kurs, der unsere volle Unterstützung hat.

Bei seinem Besuch in der Bundestagsfraktion der SPD ist deutlich geworden, daß Shimon Peres die Voraussetzungen für eine Friedenslösung sehr realistisch einschätzt und eine internationale Friedenskonferenz in seine Überlegung miteinbezieht. Seine ersten öffentlichen Kontakte zu palästinensischen Repräsentanten im vergangenen Jahr, die der PLO nahestehen, und seine jüngsten Gespräche mit Regierungsstellen osteuropäischer Staaten können langfristig die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden legen.

Daß es Peres auch gelungen ist, seine Politik der israelischen Öffentlichkeit zu verdeutlichen, beweist die außerordentlich hohe Popularität, die er schon nach kurzer Amtsdauer als Ministerpräsident errang. Niemals zuvor hatte ein israelischer Ministerpräsident eine derartige Beliebtheit erreichen können.

Die herausragende Debatte am 11. März dieses Jahres im Deutschen Bundestag hat die große Übereinstimmung in unserer Haltung zum israelischen Volk deutlich gemacht. Die Rechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten dürfen allerdings nicht ignoriert werden und müssen in eine dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten einfließen. Voraussetzung ist jedoch, daß die arabische Seite vorbehaltlos die Existenz des Staates Israel anerkennt.

Zu seinem 65. Geburtstag wünschen wir Shimon Peres, daß er mit seiner großen politischen Erfahrung diesem für den Weltfrieden wichtigen Prozeß weiterhin seine Handschrift verleihen wird und seine Bemühungen um eine Beilegung des Nah-Ost-Konflikts eines Tages vom verdienten Erfolg gekrönt sein werden.

(-/15.8.1988/vo-ha/st)

Der Schlüssel zu Verhandlungen liegt in Israel

Israel muß von Dogmen Abschied nehmen

Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

Lange Zeit wurde das eigentliche Nahost-Problem, die Palästinafrage, durch den Golfkrieg überlagert. Seit einem guten halben Jahr haben nun die Betroffenen, die palästinensische Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten die Initiative ergriffen. Die „Intifada“, der Aufstand der Palästinenser zeigt überdeutlich, welch brisantes Konfliktpotential in der Westbank und in Gaza kurz vor der Explosion steht. Der Versuch Israels, den Aufstand mit brutaler Gewalt zu ersticken, erweist sich täglich als untauglich.

Die Intifada stellt aber nicht nur für Israel ein schier unlösbares Problem dar. Die Gefahr, daß die Unruhe auch auf Jordanien übergreift, wo ebenfalls Hunderttausende Palästinenser in zum Teil untragbaren Verhältnissen leben, ist nicht von der Hand zu weisen. Daher kam die Ankündigung König Husseins nicht ganz überraschend, die bis zur israelischen Besetzung jordanische Westbank administrativ von Jordanien zu lösen. Entspricht dies andererseits der eiten Forderung der PLO nach einem eigenen palästinensischen Staatsgebiet.

Interessant sind nun aber die unterschiedlichen Reaktionen der involvierten Parteien:

- Israels Rechte interpretiert die Abkoppelung als endgültige Aufgabe der jordanischen Gebietsansprüche und sieht den Tag der endgültigen Annexion durch Israel in greifbare Nähe gerückt,
- Israels Linke ist verunsichert, da ihr Wunschpartner für Verhandlungen, König Hussein, sich überraschend aus der Verantwortung stiehlt,
- die USA und ihr Außenminister fühlen sich vor den Kopf gestoßen, da auch sie die Lösung der Palästinafrage in einem wiedervereinten Jordanien sehen wollten,
- die PLO triumphiert zwar offiziell, fühlt sich jedoch auch ein wenig überrumpelt.

Der Überraschungscoup König Husseins hat somit im Nahen Osten eine neue Ausgangslage geschaffen. Vieles wird nun davon abhängen, wie schnell und wie weitgehend die angekündigte Abkoppelung in praktische Maßnahmen umgesetzt wird. Eines kann aber bereits jetzt als sicher angesehen werden: Die PLO, die sich seit langem als allein berechtigte Vertretung des palästinensischen Volkes sieht, aber auf Grund der bisherigen jordanischen Ansprüche nicht direkt in die Verantwortung genommen wurde, erhält nun mehr Gewicht. Dies zeigen auch erste Reaktionen aus den USA, deren Nahost-Beauftragter Murphy Verhandlungen mit der PLO unter bestimmten Bedingungen nicht mehr ausschließt. Somit wird es ganz entscheidend an Israel liegen, wie es weitergeht. Die Regierung in Tel Aviv wäre gute beraten, trotz der totalen Verweigerung auf der äußersten Rechten das überholte Dogma, daß es mit der PLO keine Verhandlungen gibt, endlich aufzugeben.

Der Golfkrieg geht zu Ende - damit endet auch die Schonzeit, die Israel in seinem Schatten genießen konnte. Im Nahen Osten wird die Weltöffentlichkeit zukünftig wieder mehr nach Israel und Palästina schauen. Zudem ist fraglich, wie lange eine vom Bruderkrieg entlastete islamische Welt untätig der immer härter werdenden Unterdrückung der Palästinenser zusehen wird. Es liegt somit vor allem auch im langfristigen Eigeninteresse Israels, die Realitäten anzuerkennen und sich Aussöhnungsbemühungen mit seinen arabischen Nachbarn nicht länger zu verschließen.

(-/15.8.1988/vo-he/st)

Nicht allein die Symptome behandeln

Hormonskandal: Der eigentliche Skandal ist die Haltungsform

Von Jan Oostergetelo MdB

Der Einsatz von Hormonen in der Kälbermast, das Verfrachten der Tiere in Nacht- und Nebelaktionen, wie jetzt in Nordrhein-Westfalen, sind ein Skandal. Ungeheuerlich an diesem Skandal ist aber die artfremde Haltungsform, die den Hormoneinsatz wirtschaftlich interessant macht, die durch die Verbraucher mit ihrem Wunsch nach weißem Kalbfleisch sogar finanziell honoriert wird und an Tierquälerei grenzt. Die Kälber fressen ihre eigenen Haare, wenn ihnen Rohfaser vorenthalten wird!

Bei der Erzeugung von weißem Fleisch, für das der Verbraucher einen höheren Preis bezahlt als für rotes Ochsenfleisch, muß die natürliche Entwicklung des Pansen und der Vormägen unterbunden werden. Die Kälber erhalten nur Flüssignahrung und kein artgerechtes Rauhfutter. Ihr natürlicher Drang nach Rohfaser läßt die Kälber an ihrem eigenen Fell lecken und die so aufgenommenen Haare verballen sich im Magen. Da den Kälbern Rohfaser vorenthalten wird, fehlen ihnen auch so wichtige Mineralstoffe wie das Eisen, das dem Fleisch die rote Farbe gibt. Solange die industrielle Mast ökonomisch von Vorteil ist, solange haben wir auch mit den Folgen dieser artfremden Aufzucht zu kämpfen, wie dies der Hormonskandal in Nordrhein-Westfalen verdeutlicht.

Wer nicht allein die Symptome durch Androhung höherer Strafen behandeln will, muß diese Ursachen mitberücksichtigen. Der Einsatz von Rohfaser in der Kälbermast muß gesetzlich vorgeschrieben werden. Die Kälber sollen zu Fressern heranwachsen und auf natürliche Weise gemästet werden.

Ich bitte die Verbraucher eindringlich, rotes Kalbfleisch in den Metzgereien zu verlangen, denn Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis und die Qualität des Produktes. Den Bauern muß aus der Misere der falschen Verbrauchererwartungen und der falschen Preisanreize herausgeholfen werden. Bei einer artgerechten Mast ist der Hormoneinsatz überflüssig. Sollte es dennoch zu Verfehlungen kommen, dann muß mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden!

Wir müssen endlich von der reinen Symptombehandlung wegkommen, die Ursachen ergründen und adäquate Lösungen anstreben!

(-/15.8.1988/vo-he/st)

* * *

Der neue Stau

Zum Beförderungstau und zur Frühpensionierung bei der Bundeswehr

Von Peter Conradi MdB

Neben den sommerüblichen Staumeldungen von den bundesdeutschen Autobahnen gibt es inzwischen eine neue Form des Staus: Den Beförderungstau bei der Bundeswehr. Da geht es ähnlich zu wie auf der Autobahn. Die Autos vorne fahren zu langsam (in den Ruhestand), deshalb kommen die Autos hinten nicht rasch genug nach vorne (Beförderung). Weil der Straßenraum nicht verbreitert werden kann, sollen die Autos vorne nun auf einen Dauerparkplatz umgeleitet und dort stillgelegt werden (Pensionierung), damit die Hinteren rascher vorankommen.

Bei der Bundeswehr gibt es offenbar im Unterschied zu allen anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Arbeitgebern eine Beförderungsgarantie für die dort Beschäftigten. Wo sonst gibt es das? Welche Firma garantiert ihren Sachbearbeitern den Aufstieg zum Abteilungsleiter? Welcher Werkmeister hat einen Beförderungsanspruch zum Techniker?

Zu wenig Führungsstellen? Überall gibt es mehr Leute, die in Führungsstellen aufrücken möchten als verfügbare Führungsstellen. Wollte das Parlament allen Beförderungswünschen des öffentlichen Dienstes nachkommen, dann müßte es den Stellenkegel für die Beamten auf den Kopf stellen.

Der Ausweg, den die Bundesverteidigungsminister Wörner und Scholz gefunden haben, ist in Wirklichkeit eine Umgehung des Parlaments. Weil die Zahl der Planstellen für Generale nach ihrer Auffassung nicht ausreicht, und weil der Bundestag keine neuen General-Stellen genehmigen will, werden die Stelleninhaber frühzeitig mit hoher Pension in den Ruhestand geschickt, damit die jüngeren Jahrgänge endlich in den Genuß der höheren Stellen kommen. Eine clevere Methode, den Bundeshaushalt unter Umgehung des Parlaments auszuplündern. Der Personalhaushalt bleibt zwar unverändert, aber die Pensionslasten steigen an. Wo sonst in der Wirtschaft oder in der öffentlichen Verwaltung wäre so etwas möglich?

Um es klarzustellen: Offiziere der Bundeswehr haben ebenso wenig einen Beförderungsanspruch wie andere Beamte im öffentlichen Dienst. Wenn es keine Planstellen gibt, dann gibt es auch keine Beförderung. Wem das nicht paßt, der möge sich in der Wirtschaft einen Arbeitsplatz mit Beförderungsgarantie suchen, so er ihn findet. So wie es viele Lehrer gibt, die damit zufrieden sein müssen, Oberstudienrat zu bleiben, ohne jemals die Chance zu bekommen, Oberstudiendirektor zu werden, so wie tausende von Amtsmännern und Oberamtsmännern nicht zu Amtsräten werden, weil die entsprechenden Stellen besetzt sind, werden sich auch die Herren Offiziere damit abfinden müssen, daß zwar jeder den Generalstab im Tornister hat, aber deshalb noch lange nicht jeder General werden kann. Übrigens wird auch nicht jeder Abgeordnete Minister.

Wenn diese Beförderungsmethode Wörner/Scholz Schule macht, dann wird es lustig im öffentlichen Dienst. Dann werden Oberamtsmänner, Oberstudiendirektoren, Ministerialdirigenten und andere zukünftig frühzeitig pensioniert, damit jeder einmal in den Genuß dieser Stelle kommt, wenn auch nur für kurze Zeit, dann muß er/sie Platz machen für den nächsten. Fröhliche Aussichten, vor allem für den Bundesfinanzminister und die Pensionslasten im Haushalt.

(-/15.8.1988/vc-hc/st)

Justitia in eigener Sache

„Warum hat er sich auch beschwert?“

Von Prof. Dr. Eckhart Pick MdB
Mitglied des Rechtsausschusses

Wie die Presse berichtet, hat ein Münchner Strafrichter die Bezeichnung eines Kollegen von der zivilrechtlichen Zunft als „Richterlein“ durch einen Bürger als Beleidigung gewertet. Man kennt die Begründung noch nicht, doch steht zu vermuten, daß die Verwendung des Diminutivs das ausschlaggebende Argument gewesen ist. Der Bürger - ein Rentner, so heißt es - der sich diesen Affront leistete, tat dies dazu in einem Beschwerdebrief an das bayerische Parlament, wahrscheinlich kam dies erschwerend hinzu.

Das hat er nun von seiner Kritik an der Justiz. Was muckt er auch auf gegen angebliche „Androhung von disziplinarischen Maßnahmen“. Wenn schon Kritik, dann bitteschön mit der gebotenen Unterwürfigkeit gegenüber dem Hohen Gericht. Michael Kohlhaase haben heutzutage im Zeichen der „Wende“ keine Konjunktur. Was man bisher nur den Ärzten nachsagte, daß sie besonders stand(fest) beim Schutz ihrer Berufsgenossen seien, wird jetzt endlich für Richter zurechtgerückt. Wer da von Überempfindlichkeit reden sollte, hat sich an das Prinzip zu erinnern, das da heißt: „Den Anfängen wehren.“ Das bedeutet deshalb auch keine Form der Selbstjustiz, sondern der Gerechtigkeit in eigener Sache. Recht haben sie, die Münchner Richter, denn schließlich gilt die alte Redel in abgewandelter Form: „Richter werden ist nicht schwer, Richter(lein) dagegen sehr.“ Wo kämen wir sonst hin, wenn jetzt sogar eine weitere Säule des Staates ins Wanken käme, nach Beamten und Politikern. Deswegen hat unser Mitgefühl dem beleidigten Richter zu gelten und auch seinem solidarischen Kollegen von der Strafjustiz. Warum hat er sich auch beschwert, das Rentnerlein?

Ob 750 Märker überhaupt ausreichen, um Justitias Waage wieder ins Gleichgewicht zu bringen? Zweifel erscheinen angebracht. Und noch etwas bewegt mich: Sollte dann in Zukunft nicht auch die Bezeichnung „Hinterbänkler“ strafbewehrt sein? Schließlich sind ja auch die Abgeordneten Mitglieder eines hohen Hauses, wenn auch nicht eines hohen Gerichts. In einer solchen Ausdrucksweise liegt ja auch eine gehörige Portion Despektierlichkeit, oder sollte erst die Äußerung „Abgeordneterleinchen (?) eine hinlänglich persönliche Mißachtung im Sinne des § 185 (StGB) sein? Was stellt die Bezeichnung „kleiner Professor“ dar, Herr Kollege Biedenkopf?

Von Überlastung der Justiz ist dauernd die Rede. Der Gesetzgeber wird allenthalben aufgefordert, etwas für die Entlastung der Gerichtsbarkeit zu tun. Jetzt wird es dem letzten Zweifler klar, warum solche Maßnahmen unumgänglich sind: Wer sich derart intensiv mit Unbotmäßigkeiten und Anfeindungen auseinandersetzen hat, verdient den dazu nötigen Freiraum. Es ist nichts anderes als ein Akt der Fürsorge, diesem Bedürfnis zu entsprechen. Der königliche Richter muß restauriert werden. Hoffentlich hat jetzt die Öffentlichkeit den richtigen Begriff von der W/Bürde des Amtes.

Ob meiner immer noch verbliebenen Zweifel richte ich folgende Fragen an die Bundesregierung und erwarte die Erhellung durch den Bundesjustizminister, der das ja wissen muß:

1. Hält die Bundesregierung eine Geldstrafe von 750 DM als Sanktion für die Bezeichnung eines Richters als „Richterlein“ für angemessen?
2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Bezeichnung „Hinterbänkler“ eines Abgeordneten im Fall des Nichtzutreffens ein herabsetzendes Diminutiv ist, das analog mit Buße bewehrt sein sollte?

(-/15.8.1988/va-he/st)

* * *